



Foto: EnergieAgentur.NRW

DAS ERNEUERBARE-ENERGIEN-GESETZ

Auf welche Änderungen sich Energiegenossenschaften und Kommunen ab August einstellen müssen

WINDKRAFT

**Bundestag beschließt
Länderöffnungsklausel**

EUROPEAN ENERGY AWARD

**Das sollten kleine Orte auf dem Weg
zu mehr Energieeffizienz beachten**



Liebe Leserin, lieber Leser,

als Bundeskanzlerin muss man Prioritäten setzen. So fand Angela Merkel Zeit, ein Gruppenspiel der Deutschen bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Brasilien anzuschauen – dem im September stattfindenden UN-Klimagipfel der Staats- und Regierungschefs in New York wird sie hingegen aus terminlichen Gründen fern bleiben und sich „hochrangig“ vertreten lassen.

Auch Wirtschaftsminister müssen Prioritäten setzen: Damit die energieintensive Industrie weiter satte Gewinne einfahren kann, zeigte sich Sigmar Gabriel in seiner, wie es Eurosolar ausdrückt, „Deform“ des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ausgesprochen großzügig, was die Belastung dieser Unternehmen mit der EEG-Umlage angeht. Knickriger ist er da bei kleineren Betrieben, Energiegenossenschaften und Privaten, die ihren erzeugten Regenerativ-Strom selbst verbrauchen wollen: Die sollen bald 40 Prozent der EEG-Umlage bezahlen.

„Das Gesetz ist schlecht, aber jetzt müssen wir wieder nach vorne schauen“, drückte Johann Holz aus Niederbergkirchen die zwischen Ratlosigkeit und Wut schwankende Bandbreite der Gefühle auf der parallel zur EEG-Bundestagsdebatte stattfindenden Solarbundesliga-Meisterfeier in Crailsheim aus. Dort ging es nicht darum, welche Mannschaft die meisten Bälle ins Tor schießt, sondern welche Kommune am meisten Solarenergie nutzt. Das EEG würde sicher anders ausschauen, wenn sich Angela und Sigmar öfters mit Menschen wie Holz treffen würden, statt mit Lobbyisten der Kohle- und Atomkonzerne. Nächstes Mal laden wir die beiden zur Meisterfeier ein – und hoffen sehr, dass sie nicht aus terminlichen Gründen verhindert sind!

Barbara Frey

Kommunalrichtlinie: Förderbedingungen ändern sich 2015 und 2016 kaum

Die Kommunalrichtlinie wird künftig nur noch alle zwei Jahre überarbeitet. Große Veränderungen gegenüber 2014 wird es bei den Förderbedingungen nicht geben.

Die Kommunalrichtlinie (KLR) unterstützt Kommunen bei Projekten im Bereich Klimaschutz. „Wir trommeln in diesem Jahr bereits zeitiger für die KRL, um die Kommunen besser erreichen und motivieren zu können“, so Daniel Willeke vom Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz (SK:KK). Am Klimaschutz interessierte Kommunen könnten sich für 2015 und 2016 auf „nahezu gleiche Rahmenbedingungen und Förderschwerpunkte“ wie 2014 einstellen. Damit die Städte und Gemeinden die Kommunalrichtlinie besser auf die Haushalts-, Investitions- und Personalplanungen abstimmen können, werde die Laufzeit auf zwei Jahre umgestellt. „Das erhöht die Planungssicherheit“, so Willeke.

Der Umweltausschuss des Deutschen Bundestages hat kürzlich Kenntnis von der KLR genommen. Voraussichtlich wird sie im September 2014 veröffentlicht. Das Antragsfenster wird wieder auf drei Monate reduziert: Jeweils vom 1. Januar bis 31. März 2015 und 2016 können Anträge eingereicht werden. Für den Förderschwerpunkt „Klimaschutzmanagement“ können weiterhin ganzjährig Anträge gestellt werden.

Reduziert wird in den nächsten beiden Jahren die Anforderung an die CO₂-Einsparung bei ausgewählten Maßnahmen. Betrug sie bislang 80 Prozent, soll sie nun auf Wunsch zahlreicher Kommunen verringert werden. Allerdings werden im selben Zuge auch die Fördersummen reduziert.

Laut Willeke könnten alle Kommunen, die in diesem Jahr Anträge im Rahmen der „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“ (kurz: „Kommunalrichtlinie“) gestellt haben und deren Unterlagen und Antragsvoraussetzungen in Ordnung waren, mit einer Bewilligung rechnen. „Wir gehen davon aus, dass die Kommunen im August die Bescheide bekommen und somit ab Spätsommer/Herbst mit der Umsetzung beginnen können.“ **baf**

Die Förderrichtlinien von 2014 sind im Internet auf der Seite www.ptj.de/klimaschutzinitiative-kommunen einsehbar.

IMPRESSUM

Verlag:

Guido Bröer & Andreas Witt GbR
Bültestraße 70 b
32584 Löhne
Tel. (05731) 83460
Fax (05731) 83469
www.solarthemen.de
redaktion@solarthemen.de

Redaktion:

Barbara Frey (CvD)
Andreas Witt (verantw.)
Guido Bröer

Lektorat:

Kai-Uwe Dosch

Druckerei:

Kurt Eilbracht GmbH & Co. KG
Gohfelder Straße 45, 32584 Löhne

Layout:

Michael Helmer

Anzeigen und Beilagen:

Arndt Klöckner, Berlin
Tel. (0170) 4944794

Ute Meyer-Heinemann

Tel. (0176) 42068868

Energiekommune-Abo:

59,- Euro pro Jahr für zwölf Ausgaben.

ISSN: 2195 - 8742



Foto: Stadt Nürnberg

Mehr Fahrräder in die Kommunen

Eine „entschlossene Wende in der Verkehrspolitik“ fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Wichtig sei es auch, die Zweiradmobilität zügig auszubauen.

Die Förderung des Radverkehrs sei eine „tragende Säule der Attraktivitätssteigerung“ in den Kommunen, so der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB). So könnten Lärm- und Schadstoffe reduziert und der öffentliche Raum vermehrt zum „Flanieren, Verweilen und Spielen“ genutzt werden.

Erhebungen zufolge ist jede zweite innerörtliche Autofahrt kürzer als fünf Kilometer, jede vierte sogar kürzer als drei Kilometer – ideale Fahrraddistanzen.

Notwendig sei ein planerisches Umsetzen, wozu der DStGB unter anderem geschlossene Radwegenetze, überdachte Abstellflächen und Aufladestationen für die wachsende Zahl von Elektrofahrrädern zählt. Auch sollte es möglich sein, Räder jederzeit in Bussen und Bahnen mitnehmen zu können.

In Münster gibt es zu letzterer Forderung bereits Erfahrungen: Seit einem Jahr bieten die Stadtwerke ihren Kunden an, ein Faltrad des Herstellers TERN zu abonnieren. „Bisher nehmen 80 Kunden das Angebot in Anspruch“, so Petra Willing von den Stadtwerken. Das Fahrrad lasse sich in 10 Sekunden zusammenlegen und als Gepäckstück kostenlos im öffentlichen Nahverkehr mittransportieren. Das Abo kostet im Monat 9,99 Euro. Die Laufzeit beträgt mindestens ein Jahr. Eine jährliche Inspektion auf kleinere Schäden ist im Preis inbegriffen. Für den Vertrieb kooperieren die Stadtwerke mit 5 lokalen Fahrradhändlern. www.dstgb.de www.stadtwerke-muenster.de

Sanierungen: Höhere KfW-Zuschüsse

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat die Tilgungszuschüsse für Kommunen und kommunale Unternehmen, die Gebäude energetisch sanieren, erhöht.

Städte und Gemeinden, die im Rahmen des KfW-Programms IKK – Energetische Stadtsanierung – Energieeffizient Sanieren (218) Nichtwohngebäude der kommunalen und sozialen Infrastruktur energetisch ertüchtigen, erhalten seit dem 1. Juni 2014 einen höheren Tilgungszuschuss: Er beträgt statt bislang 12,5 Prozent nun 17,5 Prozent (KfW-Effizienzhaus 55) bzw. statt bisher 10 Prozent 12,5 Prozent (KfW-Effizienzhaus 70)

des Darlehensbetrags. Die Änderungen beim Programm IKU für kommunale und soziale Unternehmen (219) sind analog. 2013 vergab die KfW im Programm IKK bei 183 Zusagen ein Volumen von 121 Millionen Euro, beim IKU waren es 133 Zusagen mit einem Volumen von 48 Millionen Euro. www.kfw.de

Genossenschaftliche Nahwärme

Wie sich Energiegenossenschaften das Geschäftsfeld Nahwärme erschließen können, darum geht es in einem Seminar in Münster. Vom 16. bis 18. Oktober 2014 lernen Interessierte, wie sich Nahwärmeprojekte „professionell und erfolgreich“ entwickeln und betreiben lassen. „Die Wärmeversorgung muss neu gedacht und strukturiert werden“, fordert Burghard Flieger von der innova eG. Das Seminar wolle dabei helfen, Energie in Bürgerhand auch im Wärmesektor konsequent zu verwirklichen. www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen

Weitere Infos: www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen

Bundestag beschließt Restriktionen für Windkraft

Am 27. Juni hat der Bundestag nun eine Länderöffnungsklausel für das Baugesetzbuch beschlossen, über die die Länder den Windkraftausbau behindern können – wenn sie das wollen.

Die Regierungsfractionen ignorieren damit eine Mehrheitsentscheidung des Bundesrates, der sich gegen die Länderöffnungsklausel ausgesprochen hatte (siehe Energiekommune 6/2014). Die Bundesländer haben nun die Möglichkeit, Mindestabstände für Windkraftanlagen zu baulichen Nutzungen vorzuschreiben, die bis zum Zehnfachen der Höhe einer Windkraftanlage betragen können.

Am 11. Juli wird sich der Bundesrat erneut mit dem Gesetz befassen. Er kann es aber nicht verhindern, sondern nur verzögern. Der Bundestag kann den Bundesrat mit der Mehrheit der Regierungsfractionen überstimmen.

Bayern will in seine Bauordnung die Mindestabstände aufnehmen (siehe Energiekommune 5/2014). Hans-Josef Fell mit der Klagegemeinschaft Pro Windkraft hat bereits juristischen Widerstand dagegen angekündigt.

Auch Sachsen will wohl die Öffnungsklausel nutzen – wird dies aber vorraussichtlich nicht mehr vor den Landtagswahlen am 31. August schaffen. Alle Länder, die die Privilegierung der Windkraft begrenzen wollen, müssen die rechtlichen Grundlagen bis Ende 2015 schaffen. Kommunen sollen aber das Recht haben, über Bebauungspläne Windkraftanlagen auch bei geringeren Abständen zu baulichen Nutzungen zu erlauben. Die Bundesregierung überlässt das Risiko, die Öffnungsklausel umzusetzen, den Ländern. Dabei hält sie dies selbst für eine „nicht einfache Rechtsmaterie“. Die Öffnungsklausel müsse von den Ländern „verfassungsrechtlich sauber“ gehandhabt werden. Dies betreff Fragen des Vertrauensschutzes und des Bestandsschutzes. Zudem dürfe die Klausel nicht zu einer Verhinderungsplanung führen. [AWi](http://www.awi.de)



Foto: Gemeinde Bidingen

Derzeit dreht es sich noch im Probebetrieb: Das Bidingener Windrad.

Wind-Einnahmen contra Schuldenberg

Die bayerische Kommune Bidingen hat ein Windrad geplant, dessen Betrieb über den normalen gemeindlichen Haushalt läuft. „Das gibt es in ganz Deutschland noch nicht“, sagt Bürgermeister Franz Martin.

Laut Martin hätte sich für die Kommune kein finanzieller oder steuerlicher Vorteil ergeben, wenn sie für Planung und Betrieb der Anlage eine Firma gegründet hätte. Derzeit läuft das

Windrad, eine E 101 des Herstellers Enercon, noch im Probebetrieb. Im Juli soll es an die Gemeinde übergeben werden. Am 20. Juli ist eine Einweihungsfeier geplant. In einem durchschnittlichen Jahr soll das Windrad 6500 MWh Strom erzeugen. Da die 1700 Bidingener im Schnitt jährlich nur 4800 MWh Strom verbrauchen, mussten sie sich eine Partnerkommune suchen: Um nicht mit privatwirtschaftlichen Unternehmen zu konkurrieren, darf sie laut bayerischer Gemeindeordnung nur so viel Strom erzeugen, wie sie selbst verbraucht.

Bürgermeister Franz Martin: „Wir haben die Nachbarkommune, die das Windrad genauso sieht wie wir, gefragt, ob sie sich beteiligen möchte. In Ingenried sind wir sofort auf offene Ohren gestoßen.“ Die beiden Orte schlossen eine „Zweckvereinbarung gemäß Art. 7 ff. des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit zur Planung, zum Bau und Betreiben der Windkraftanlage I Königsried Süd“. Darin ist geregelt, dass die Kosten der Investition und des laufenden Betriebes sowie die jährlichen Gewinne im Verhältnis 75 Prozent (Bidingen) und 25 Prozent (Ingenried) aufgeteilt werden.

Ihre „Anlage I Königsried Süd“ finanziert die Kommune zu 100 Prozent über Bankkredite. 4,2 Millionen Euro kostet das Windrad, zusammen mit Nebenkosten sind es 4,7 Millionen Euro. Martin: „Die guten Konditionen, die wir als Kommune bei der Bank erhalten, tragen zur Wirtschaftlichkeit bei.“ 6 m/s weht der Wind in der Nabenhöhe von 135 Metern. Der Hauptgrund, warum sich die Kommune für das 3-MW-Windrad entschieden habe, sei laut Martin ihre hohe Verschuldung: Mit den Erträgen aus dem Windrad soll der Schuldenberg abgetragen werden. [baf](#)

LITERATUR/LINKS

Störendes Phänomen bei mehr Energieeffizienz

Mit dem Rebound-Effekt beschäftigen sich die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages. Er konterkariert die Bemühungen, mithilfe von Effizienzmaßnahmen den Energieverbrauch zu reduzieren: Wenn beispielsweise LED-Lampen länger brennen bzw. häufiger eingesetzt werden (direkter Rebound), oder mit dem eingesparten Geld ein Plasmabildschirm gekauft wird (indirekter Rebound), dann hat das in der Gesamtenergiebilanz keinen Effekt. [baf](#)

www.bundestag.de

Energetische Modernisierung einer Schule

Wie sich ein Schulgebäude aus den 70-er Jahren energetisch sanieren lässt, das dokumentiert die aktuelle Broschüre „Das Passivhaus-Gymnasium in Baesweiler“ der Energieagentur.NRW. 12 Millionen Euro hat der Umbau gekostet. Dafür spart die Schule nun 90 Prozent der ursprünglich benötigten Heizenergie ein und verbraucht nur noch 15 kWh pro m². [baf](#)

www.energieagentur.nrw.de

Regenerative Region

„Regenerative Region“ lautet der Titel des „Energie- und Klimatlas Bodensee-Alpenrhein“. Das von einem multidisziplinären Forschungsteam um Herausgeber Peter Droege erstellte, knapp 400 Seiten starke Buch versteht sich als „Wegweiser für die unausweichliche Wende zur regionalen Energieversorgung auf Basis regenerativer Quellen“. Es beschreibt, wie die Region durch Energieautonomie widerstandsfähig werden kann. Betrachtet werden unter anderem erneuerbare Energien in Gebäuden und Siedlungsräumen und erneuerbare Mobilität. Das Buch kostet 39,95 Euro. [baf](#)

www.oekom.de

Geschäftsmodell Speicher

Mit Photovoltaik und Stromspeicher werden Kunden teilweise zum Selbstversorger. Das Projekt „Solbat“ analysierte, wo angesichts dieser Entwicklung in Zukunft die Geschäftsmodelle der Stadtwerke liegen.

„Stadtwerke müssen dem Kunden ein Tarifmodell anbieten, das für ihn günstiger ist als ein eigener Speicher“, sagt Peter Eckerle, Betreuer des Projektes und Geschäftsführer des Vereins StoREgio in Ludwigshafen. Solche Modelle seien möglich, weil weniger Strom gespeichert werden muss, wenn unterschiedliche Erzeuger und Verbraucher Strom austauschen. Die Speicherung von Strom sei schließlich immer der teuerste Weg. Günstiger sei der Ausgleich von Überschüssen eines Kunden mit Verbräuchen eines anderen vor allem dann, wenn dies ohne Nutzung des öffentlichen Netzes geschehen kann.

Drei Varianten analysierte das Projekt: den Betrieb eines Speichers in einem einzelnen Objekt, in einem Straßenzug oder einer Immobilie mehrerer Parteien (ohne Inanspruchnahme des öffentlichen Netzes) sowie auf Quartiersebene. Alle drei Varianten seien nah an der Wirtschaftlichkeit, sagt Eckerle, vorausgesetzt, man bringe Strom und Wärme zusammen, binde also auch ein Blockheizkraftwerk ein. Im Stadtgebiet böten sich Speicher zwischen 250 und 500 Kilowatt an, die bis zu 1000 Kilowattstunden aufnehmen. [Bernward Janzing](#)
[Peter Eckerle, StoREgio Energiespeichersysteme e.V.](#)
Tel. 0621/592809-31, Fax 0621/592809-38,
peter.eckerle@storegio.com, www.storegio.com



Wärmeatlas bildet Wohngebäude ab

Ein neuer digitaler Wärmeatlas zeigt den Wärmebedarf von 17,4 Millionen deutschen Wohngebäuden an.

Der Atlas basiert unter anderem auf den amtlichen Hausumringen der Automatisierten Liegenschaftskarte (ALK) und der Digitalen Flurkarte (DFK). Der Wärmebedarf leitet sich aus der deutschen Gebäudetypologie des Instituts Wohnen und Umwelt und amtlichen Statistiken zum Wohngebäudebestand ab.

Die Daten des Wärmebedarfsatlanten seien dazu geeignet, Schätzungen des Wärmebedarfs für kleine räumliche Einheiten vorzunehmen, heißt es auf der Internetseite der an dem Projekt beteiligten geomer GmbH. Sie stellten eine Grundlage dar, wenn es darum ginge, „energetische Quartierskonzepte oder Wärmeversorgungskonzepte zu realisieren.“

Genau das bezweifelt Bernd Eikmeier vom Fraunhofer-Institut für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung (IFAM). Bei einem Vergleich mit realen Verbrauchsdaten habe die Abweichung im Mittel +/- 25 Prozent betragen – das ist seiner Meinung nach zu ungenau, um in einer Kommune lokale Maßnahmen zu planen.

Eikmeier, der selbst Wärmeatlanten erstellt, nutzt dafür Gebäudedaten, die von Kommunen oder Energieversorgern kommen oder 3D-Laserscandaten. Letztere seien mittlerweile fast flächendeckend verfügbar, das Geodatenzentrum des Landes NRW, Bezirksregierung Köln, plane derzeit, die bundesweiten Laserscandaten ab Ende 2014 zur Verfügung stellen.

Zweiter Baustein für die Erstellung von Wärmeatlanten sind bei Eikmeier leitungsgebundene Verbrauchsdaten, also der Bezug von Gas, Fernwärme oder Strom für Heizzwecke. Diese würden von den Energieversorgungsunternehmen in der Regel kostenfrei bereitgestellt und ließen sich den einzelnen Gebäuden zuordnen. Allerdings sei das Zusammenführen der Datensätze aufwendig und daher die Dienstleistung teuer. [baf](http://www.geomer.de)

www.geomer.de, www.ifam.fraunhofer.de/energiesystemanalyse

Erste Hilfe für Transportfragen

Eine individuell zugeschnittene Mobilitätsberatung soll Schülern des Hans-Schwieber-Berufskollegs in Gelsenkirchen die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel erleichtern.

Dazu werden erfahrene Schüler mit einem „Mobilitätskoffer“, in dem sich ein WLAN-fähiger Laptop und ein Drucker befinden, die Unterstufenklassen der Berufsschule für Landes- und

Bundesfachklassen aufsuchen. Mithilfe des „Erste-Hilfe-Koffers für Transportfragen“ sollen sie darüber aufgeklärt werden, wie sie schnell und günstig mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Gelsenkirchen gelangen. Auszubildende aus ganz Nordrhein-Westfalen und vereinzelt auch aus anderen Bundesländern besuchen die Schule.

Projektleiter und Bautechniklehrer Volker Steinfels erklärt die Vorteile der Mobilitätsberatung anhand eines Fassadenmonteurs aus Memmingen im Allgäu: Da es bislang keine Fernbushaltestelle in Gelsenkirchen gibt, würde der Schüler im Internet nur die Bahn als Alternative zum Auto finden. Steinfels: „Mit unserer Ortskenntnis können wir dem Schüler eine Fernbusfahrt nach Essen, Bochum oder Recklinghausen empfehlen und versorgen ihn gleich noch mit den Daten für die Weiterfahrt mit U-Bahn, Straßenbahn und Ortsbus zur Schule.“

Gibt es keine geeignete Verbindung, soll die auf Facebook basierende Mitfahrzentrale in Aktion treten. Für Schüler, die näher als 25 km an der Schule wohnen, werden die Auszubildenden im Rahmen des Unterrichts eine absperrbare Radstation errichten. 120 Tonnen CO₂ könnten nach Berechnungen der Schule durch diese Maßnahmen eingespart werden.

Mit ihrem Konzept haben die Gelsenkirchener den dritten Platz beim Schulwettbewerb „Klima & Co“ erreicht. Die Aufgabenstellung für die Schüler war, anhand eines virtuellen Budgets von 50 000 Euro Maßnahmen zu entwickeln, die den CO₂-Ausstoß an der eigenen Schule nachhaltig senken. [baf](http://www.baf.de)
Volker Steinfels, Hans-Schwieber-Berufskolleg, Tel. 0209 95976-0, volker.steinfels@hsbk-ge.de, www.klima-und-co.de

NOTIZEN

27,5 Milliarden Euro EU-Mittel für Deutschland

Mit der Annahme der deutschen Partnerschaftsvereinbarung für den Einsatz der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) können nun die operationellen Programme der Bundesländer mit der EU-Kommission verhandelt werden. Unter anderem sollen in der Förderperiode 2014-2020 erneuerbare Energien und Energieeffizienz gefördert werden. [baf](http://www.baf.de)

[Das Kommunale Bildungswerk e.V. bietet vom 18. bis 19. September das Seminar „EU-Projekte in und für Kommunen“ an. Es beschäftigt sich unter anderem mit der Fördermittelbeantragung in den Themenbereichen Umwelt und Energie.](http://www.baf.de)

Grundlage für Solarpotenzialanalysen

Nordrhein-Westfalen verfügt seit kurzem über ein digitales 3D-Gebäudemodell. „Für genaue Solarpotenzialanalysen sind differenzierte Dachformen unverzichtbar geworden“, so Innenminister Ralf Jäger in Düsseldorf. Mit dem Gebäudemodell im sogenannten Level of Detail 2 (LoD2) würden Häuser im Gegensatz zum bisherigen einfach strukturierten „Klötzchenmodell“ nun mit ihren tatsächlichen Dachformen, ihrer Dachausrichtung und ihren Dachneigungen wirklichkeitsnah wiedergegeben. [baf](http://www.baf.de)

[Geodatenzentrum des Landes NRW, Bezirksregierung Köln, Tel. 0221 147-4994, \[geo-shop@bezreg-koeln.nrw.de\]\(mailto:geo-shop@bezreg-koeln.nrw.de\)](http://www.baf.de)

Das neue EEG wird

Ab dem 1. August gelten andere Regeln für die Energiewende



Foto: Berliner Energieagentur

Am 27. Juni hat der Bundestag die Novelle des Erneuerbare Energien-Gesetzes (EEG) beschlossen. Für Städte und Gemeinden, lokale Energiegenossenschaften und Stadtwerke wird sich damit vieles ändern.

Ab dem 1. August 2014 werden die Bestimmungen des neuen Gesetzes gelten. Dann kommen nicht nur die Mengenbegrenzungen, so genannte atmende Deckel, für alle erneuerbaren Energien. Auch wird das Marktprämienmodell zur Pflicht für größere Anlagen. Und es kommt nicht zuletzt die EEG-Umlage auf den eigenverbrauchten Strom aus erneuerbaren Energien. Plant eine Kommune beispielsweise eine 20-kW-Photovoltaik-Anlage auf einem Schuldach und hat sie die Wirtschaftlichkeit dieser Anlage auf Basis eines deutlichen Eigenverbrauchs des günstigen Solarstroms berechnet, so muss sie dafür künftig bis zu 40 Prozent EEG-Umlage zu-

sätzlich kalkulieren. Gleiches gilt für ein effizientes Blockheizkraftwerk, mit dem im kommunalen Hallenbad Strom und Wärme erzeugt wird. Ab dem 1. August ist der Eigenverbrauch aus allen neuen Anlagen EEG-Umlagepflichtig. Bestandsanlagen bleiben von der Umlage befreit. Für die Neuanlagen steigt der Satz schrittweise: Er beträgt in diesem und dem kommenden Jahr zunächst 30 Prozent, ab 1. Januar 2016 dann 35 Prozent und ab 1. Januar 2017 schließlich 40 Prozent der vollen EEG-Umlage von derzeit 6,24 Cent. Die Stichtage beziehen sich hier nicht, wie man es sonst vom EEG kennt, auf die Inbetriebnahme der Anlage, sondern auf das Kalenderjahr des Stromverbrauchs.

Eine Bagatellgrenze nimmt Kleinanlagen bis 10 kW bis zu einem Jahresverbrauch von 10 000 Kilowattstunden von der Umlagepflicht aus. Aber das bezieht sich eher auf Privatleute als auf Akteure aus dem kommunalen Umfeld.

Stichtag 23. Januar 2014

Auf Stadtwerke, die ein Stromnetz betreiben, kommt mit der Eigenverbrauchsumlage sehr wahrscheinlich eine neue, lästige Aufgabe zu. Nach dem Wortlaut des Gesetzes sind zwar laut § 61 EEG die vier großen Übertragungsnetzbetreiber dafür verantwortlich, die EEG-Umlage bei den Eigenversorgern einzutreiben. Aber der Bundestag hat die Regierung in § 91 EEG ermächtigt, diese Aufgabe per Verordnung an die Verteilnetzbetreiber zu übertragen. Das hätte für die Betreiber der Regenerativkraftwerke jedenfalls den Vorteil, dass sie für die Abrechnung von Einspeisevergütun-

Markt in Kommunen

gen und Eigenverbrauchs-Umlage nur einen Ansprechpartner hätte – den örtlichen Netzbetreiber.

In einer Verordnungsermächtigung steckt auch ein anderes Detail, das erst in letzter Minute von einzelnen Umweltpolitikern der Koalition in das Gesetz hineinverhandelt wurde und das für viele lokale Akteure hochinteressant ist. Es geht um die Vermarktung von Strom aus EEG-Anlagen der näheren Umgebung an lokale Abnehmer. Für zahlreiche Stadtwerke und Energiegenossenschaften ist dies ein heißes Thema. Ebenso wie für einige kommunale Wohnungsgesellschaften, die bereits mit dem Verkauf von Solarstrom vom eigenen Dach an ihre Mieter liebäugeln. Nach den ursprünglichen EEG-Plänen der Großen Koalition sah es so aus, dass es keine attraktive Option für solche lokalen Ökostromangebote mehr geben würde. Das Grünstromprivileg einer verringerten EEG-Umlage wurde nach Kritik der EU-Kommission abgeschafft. Die Verordnungsermächtigung nach § 95 des neuen EEG legt es nun allerdings in die Hand von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, ein neues Modell für Stromangebote aus EEG-Anlagen zu entwickeln. Es wird aber wohl vom Druck der kommunalen Basis und der Umweltverbände abhängen, ob die Regierung diese Karte tatsächlich zieht.

Für viele Akteure vor Ort geht es dabei nicht nur um Ökologie und Klimaschutz, sondern auch um lokale Wirtschaftskreisläufe mit entsprechender Wertschöpfung und Strompreise, die langfristig berechenbar sind.

Für die Realisierung kommunaler Klimaschutzkonzepte ist es natürlich oftmals die entscheidende Frage, ob sich Investitionen in erneuerbare Energien noch lohnen. Wer dabei auf Biogas aus nachwachsenden Rohstof-



Foto: EnergieAgentur.NRW

fen gesetzt hat, hat künftig schlechte Karten. Die Regierung will bundesweit nur noch 100 Megawatt Neubau pro Jahr zulassen und dies auch nur aus biogenen Abfallstoffen. Lediglich Anlagen, die vor dem 23. Januar 2014 genehmigt worden sind und bis Ende des Jahres ans Netz gehen, fallen noch unter die Bedingungen des alten EEG. Alle übrigen Anlagen unterliegen ab 1. August dem neuen Gesetz.

Wind bleibt im Trend

Das gleiche gilt auch für Windparks, allerdings werden sich hier die Vergütungsbedingungen nach dem Referenzertragsmodell für die Betreiber nicht so stark verschlechtern. Der Ausbau soll zwar künftig auch hier über eine mehr oder weniger starke Degression der Vergütungssätze für Neuanlagen, allerdings auf dem relativ hohem Niveau des derzeitigen Ausbautempos. 2500 Gigawatt an neuen Windkraftanlagen sind der Zielkorridor des neuen EEG.

Auch bei der Photovoltaik wird dieses Niveau angestrebt, allerdings lag das Ausbautempo hier in den Boomjahren 2011 und 2012 dreimal so hoch. Und weil die EEG-Vergütungen zuletzt viel schneller gesunken sind als

die Preise für Solaranlagen mithalten konnten, liegt der deutsche Markt in diesem Jahr bislang deutlich unterhalb der Zielmarke.

Ausschreibung für Solarparks

Bei Bürgersolarparks auf Basis von Einspeisetarifen, mit denen viele Kommunen in den letzten Jahren ihre Klimabilanz aufbesserten und von denen man sich langfristig auch Gewerbesteuererinnahmen versprechen konnte, ist mit dem neuen EEG radikal umzudenken. Bis zu 500 Megawatt an Freiland-Solaranlagen möchte die Bundesregierung jährlich ausschreiben. Wie das genau passieren soll, steht noch nicht fest und wird erst in einer Verordnung geregelt werden. Welche Rolle Bürgerbeteiligung hier spielen kann, wird nicht zuletzt von den Ausschreibungsbedingungen abhängen.

Ab dem Jahr 2017 sollen nach dem EEG alle größeren Regenerativ-Projekte ausgeschrieben werden. Dies war zwar während der Koalitionsverhandlungen nur als Option vereinbart worden und einige Abgeordnete sind darüber nicht glücklich, aber im Gesetz liest es sich schon wie eine beschlossene Sache.

Guido Bröer

KLIMASCHUTZ: Kleine



Foto: Gemeinde Dürmentingen

Dürmentingens Bürgermeister Wolfgang Wörner (im grauen Anzug) nimmt gemeinsam mit Mitgliedern des Energieteams den eea entgegen.

Der European Energy Award verhilft auch kleinen Kommunen zu Fortschritten beim Klimaschutz. Allerdings sollten sie sich über den hohen zeitlichen und finanziellen Aufwand bewusst sein.

Wir stecken noch in der Ist-Analyse, sagt Thomas Blum, Kämmerer der kleinen Schwarzwald-Gemeinde Gutach. Im März 2012 startete der Ort seine Teilnahme am European Energy Award (eea), 2013 ging es dann laut Blum so richtig los. Eineinhalb Jahre später ist er immer noch damit beschäftigt, Daten zu erheben und aufzubereiten. „Das ist mehr Aufwand, als das politische Gremium am Anfang gedacht

hat“, konstatiert Blum. In der Ist-Analyse erfasst, analysiert und bewertet eine Kommune ihre bisherigen Aktivitäten im Energiebereich. Danach erstellt sie ein Arbeitsprogramm mit Maßnahmenkatalog erstellt, setzt Projekte um und lässt sie überprüfen.

„Für eine kleine Gemeinde ist es ein wahnsinniger Aufwand“, sagt Jens Krauß, Bürgermeister der sächsischen 2820-Einwohner-Gemeinde Großharthau. Seiner Meinung nach bewertet der eea konzeptionelle Arbeit zu stark: „Ich würde mir wünschen, dass die Praxis mehr zählt.“

Er sei beispielsweise davon überzeugt, dass ein Ort, in dem weniger als 5000 Einwohner leben, kein Verkehrskonzept brauche. Da passiere viel auf Zuruf und man müsse nicht alles schriftlich fixieren und protokollieren. Letztendlich hat sich Krauß

aber den Anforderungen des eea gebeugt und ein Verkehrskonzept für Großharthau geschrieben – „da hab ich dann reingeschrieben, was wir schon erfüllt hatten“, sagt er.

„Es wird oft mit Kanonen auf Spatzen geschossen“, glaubt auch Prof. Wolfgang Irrek von der Hochschule Ruhr-West. Was für Städte und Landkreise Sinn mache, sei für kleine Orte bisweilen wenig zielführend. „Sie sollten überlegen, ob sie sich nicht mit einer Nachbarkommune oder dem Landkreis zusammenschließen wollen“. Auf diese Weise ließen sich der enorme Zeit- und Kostenaufwand reduzieren.

Vorsprung vor den anderen

Wolfgang Wörner in der baden-württembergischen 2600-Einwohner-Gemeinde Dürmentingen hatte kürz-

Kommunen ganz groß

Eignet sich der European Energy Award auch für Orte mit wenig Einwohnern?

lich überlegt, sich im nahe gelegenen Riedlingen am Modell „Nachhaltige Stadt“ zu beteiligen. „Aber das wäre für uns ein Rückschritt gewesen“, so der Bürgermeister, „da sind wir schon weiter.“

In den eea-Prozess würde er, ebenso wie die anderen befragten Bürgermeister, sofort wieder einsteigen. „Angesichts der Komplexität der Themen fühle ich mich so als Verwaltungschef sicherer“, sagt er. Die von der Energieagentur als externem Berater eingebrachte Expertise sei sehr wertvoll gewesen, „da fängt man nicht selber wieder bei Adam und Eva an“. Wichtig sei ihm auch die Vernetzung mit anderen Kommunen – allerdings bedauere er, dass er diese angesichts der dünnen Personaldecke nicht „in aller Tiefe“ leben könne.

Verwaltung muss steuern

Das Bedürfnis der Kommune, zielorientiert zu planen und strukturiert vorzugehen, sei unter anderem in der Entwicklung bei den Biogasanlagen begründet. Da habe sich gezeigt, dass die Verwaltung Bedingungen und Anforderungsprofile aufstellen müsse.

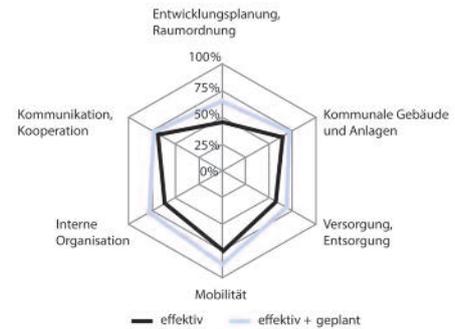
Amtskollegen, die mit dem Gedanken spielen, den eea in ihrer Kommune einzuführen, sollten laut Wörner zunächst prüfen, ob sich der Gemeinderat ernsthaft mit dem Thema befassen wolle. Wörner: „Das Gremium muss damit leben.“ Wichtig seien außerdem flexible Strukturen, damit Entscheidungen schnell gefällt werden könnten. So sei in Dürmentingen Hauptamtsleiter Wolfgang Lang gleichberechtigter Vorsitzender des Energieteams.

Ob die Hackschnitzelheizung fürs Rathaus, die effiziente Beleuchtung der Straßen oder der Ausbau

des Fuß- und Radwegenetzes: „Der eea-Prozess hat bei uns weit über 100 einzelne Punkte angestoßen“, sagt Walter Schnell, Bürgermeister im bayerischen Kammerstein. Das Verfahren habe geholfen, „die Augen zu öffnen“. Er finde es spannend, wie sich in der 2800-Einwohner-Gemeinde im Laufe der Jahre das Bewusstsein verändert habe. Seiner Meinung nach dürften sich auch kleine Orte nicht aus der Verantwortung stehlen: „Die größte Herausforderung dieses Jahrhunderts ist es, den Klimawandel in den Griff zu bekommen“, so Schnell. Jeder müsse da einen Beitrag leisten – „und viele kleine Schneebälle ergeben eine große Lawine“, ist er überzeugt.

Dass der eea Fortschritte sichtbar macht, habe er als sehr hilfreich und motivierend empfunden: „Ich finde es interessant, zu sehen, wie wir in den sechs Handlungsfeldern von einem relativ niedrigen auf einen guten Stand gekommen sind. Am auffälligsten sei das bei der Sanierung kommunaler Gebäude gewesen: „Da haben wir uns in drei Jahren von drei auf 60 Prozent steigern können“, sagt Schnell.

Nach der Zertifizierung im Jahr 2012 sei die Luft erstmal draußen gewesen: „Da haben wir uns einfach



Grafik: Bundesgeschäftsstelle eea

Der eea bewertet die Aktivitäten einer Kommune in sechs Handlungsfeldern. Ausgezeichnet wird, wer mindestens 50 Prozent aller möglichen Punkte erreicht.

mal nur gefreut.“ 65 Prozent habe die Kommune auf Anhieb erhalten – „jetzt geht es weiter in Richtung Gold“, so Schnell. „Von 65 auf 75 Prozent zu kommen, das wird ein mühsamer Weg, das ist nicht immer lustig und fröhlich.“ Er als Bürgermeister sei als „ständiger Motivator“ gefragt.

„Wenn man sieht, was man geschafft hat, dann hat es sich auf jeden Fall gelohnt“, ist Schnell überzeugt. Amtskollegen empfehle er nur in den Prozess einzusteigen, wenn sie einen langen Atem hätten. „Wer kurzfristige Erfolge möchte, für den ist das nicht der richtige Weg.“

Barbara Frey

Der European Energy Award

Der European Energy Award (eea) unterstützt Kommunen auf dem Weg zu mehr Energieeffizienz. Die von uns befragten Bürgermeister schätzen die internen und externen Kosten, die mit dem Qualitätsmanagementsystem verbunden sind auf 5000 bis 15000 Euro pro Jahr. Derzeit fördern Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen (zum Teil), Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen den eea.

www.european-energy-award.de

Weitere Instrumente mit vergleichbarer Zielsetzung sind z.B. der Konvent der Bürgermeister, „Energieeffiziente Kommune“ der dena und die vom Klima-Bündnis entwickelten Instrumente Coaching Kommunaler Klimaschutz, ECORegion und Benchmark Kommunaler Klimaschutz. eea-Kommunen, die einen vom BMU geförderten Klimaschutzmanager beantragen wollen, müssen zunächst ein Klimaschutzkonzept erstellen – der eea wird als Konzeptersatz nicht akzeptiert.

Meisterfeier in Crailsheim



Foto: Barbara Frey

Diese Saison hat sich wieder gezeigt: Wer bei der Solarbundesliga seinen Platz auf dem Treppchen behalten möchte, darf sich nicht auf vergangenen Leistungen ausruhen. Rund 2400 eigenständige Gemeinden und über 900 Dörfer bzw. Ortsteile beteiligten sich in der Saison 2013/2014 an dem Wettstreit. Am meisten Solarwärme und -strom nutzen in ihrer Größenklasse Ulm, Leutkirch im Allgäu, Rot am See, Niederbergkirchen, Glüsing und Goggenbach. Bei den Landkreisen überholte dieses Mal das Ostallgäu Vorjahressieger Schwäbisch Hall. Auch Rot am See ist bei den Kleinstädten das erste Mal Spitzenreiter.

Unter den TOP-3-Kommunen finden sich – anders als im Vorjahr – Rettenbach am Auerberg (Kleingemeinden), Frankau (Ortsteile), Kaiserslautern (Großstädte), Vreden (Mittelstädte) und Görisried (Gemeinden). Bei der Wärme haben es neuerdings Goggenbach (Ortsteile), und Chemnitz (Großstadt) aufs Treppchen geschafft.

Sagenhaft viel Solarwärme

Spitzenreiter Augzin (Ortsteil von Teichertin) kommt auf sagenhafte 2 Quadratmeter pro Einwohner, gefolgt von der Kleingemeinde Schalkham, die 1,60 Quadratmeter solare Fläche pro Einwohner aufbringt.

Gastgeber Crailsheim konnte seinen Spitzenplatz bei den Mittelstädten behaupten – wer schon früher anreiste, konnte auf einer Exkursion die großen Solarwärmeflächen bestaunen: Sebastian Kurz von den Stadtwerken Crailsheim führte Interessierte zu der überwiegend auf einem Lärmschutzwall befestigten mehr als 7000 Quadratmeter großen Solarkollektorfläche. Auch der 480 Kubikmeter fassende Wärmespeicher, den die Exkursionsteilnehmer erklimmen, bot einen guten Ausblick auf die auf einem ehemaligen Militärgelände entstandene Solarsiedlung Hirtenwiesen II. Sie umfasst 260 Wohneinheiten, eine Schule und eine Sporthalle werden über das Nahwärme-

netz versorgt. Die Sonne deckt hier etwa die Hälfte des für Heizung und Warmwasser benötigten Wärmebedarfs. Ein Erdsondenwärmespeicher dient als saisonaler Speicher, ein weiterer Heißwasser-Wärmespeicher und eine Wärmepumpe gehören zum Konzept. Bis zu 500 Tonnen CO₂ werden so jährlich eingespart, die Gesamtinvestitionskosten lagen bei etwa 8 Millionen Euro.

Mehr Pilotanlagen benötigt

Der Vorwurf, Solarwärme stiefmütterlich zu behandeln, lässt sich in Crailsheim sicherlich nicht aufrecht erhalten – im Gegensatz zu den meisten anderen Kommunen Deutschlands. In dieser Einschätzung waren sich die Referenten des der Meisterfeier vorgeschalteten, vom Service- und Kompetenzzentrum: Kommunalen Klimaschutz veranstalteten Seminars „Klimaschutz durch Solarwärme“ einig. „Die Technologie braucht noch mehr Pilotanlagen“, diagnostizierte beispielsweise Thomas Pauschinger vom Solites – Steinbeis Forschungsinstitut für solare und zukunftsfähige thermische Energiesysteme. So könnte deren Bekanntheitsgrad gesteigert werden und auch mehr Planer darauf aufmerksam gemacht werden.

Barbara Frey



Foto: Barbara Frey

Exkursionsteilnehmer genießen den guten Ausblick auf die Crailsheimer Solarsiedlung.

Heidelberg: Solarschiff feiert 10-jähriges Jubiläum

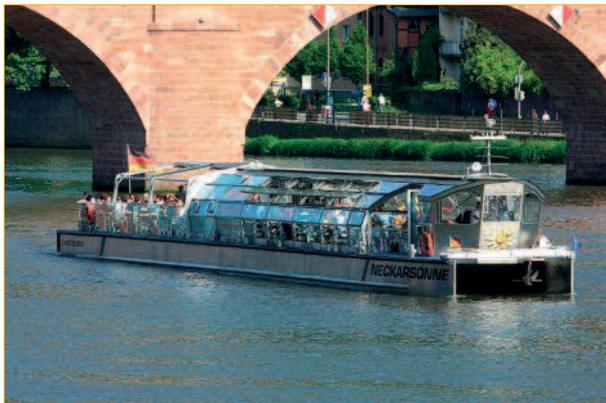


Foto: www.HDSolarSchiff.com

Seit zehn Jahren lädt der Solarkatamaran „Neckarsonne“ Passagiere zu einer Rundfahrt auf dem Neckar ein.

Mitte Juni 2014 feierte das Solarschiff sein 10-jähriges Bestehen und lud dazu alle Interessierten zu einer kostenlosen Fahrt ein. 2006 wurde das Dach komplett umgebaut, 2010 das Schiff um 12 Meter verlängert.

Das Schiff wiegt etwa 65 Tonnen, ist fast 37 Meter lang und 5,40 Meter breit. 77 monokristalline Module mit einer Leistung von insgesamt 6,8 kW, zwei Drehstrom-Elektromotoren und zwei Blei-Säure-Batterien erzeugen die notwendige Energie für den Antrieb.

Wer sich von Ende März bis zum 1. November auf die 50-minütige Rundfahrt vor der Stadt Heidelberg begibt, erhält Informationen zu dem Solarschiff und den Sehenswürdigkeiten der Umgebung. 7 Euro zahlen Erwachsene für eine Fahrt, der Katamaran steht auch für Charterfahrten zur Verfügung. [baf www.HDSolarSchiff.com](http://www.HDSolarSchiff.com)

Heidelberg: 244 Ligapunkte

Landkreis Altötting: Erneuerbare Energien sichtbar machen

Bürger des Landkreises Altötting sind aufgerufen, innovative Ideen für einen Energiepreis einzureichen. Auch eine zum Tag der Wasserkraft am 19. Juli herausgegebene Broschüre dient dazu, erneuerbare Energien sichtbar zu machen.

Der Energiepreis richtet sich an Bürger, Unternehmen und Kommunen des Landkreises. „Da waren in der Vergangenheit schon interessante Projekte dabei, die auch Nachahmer gefunden haben“, so Klimaschutzmanager Pascal Lang. Beispielsweise ein neues Gärungsverfahren für Kläranlagen, das die Stromausbeute erhöhe. Auch ein Verein, der ein Fernwärmenetz für kommunale Liegenschaften entwickelte, sei bereits unter den Preisträgern gewesen.

Anlässlich des Tages der Wasserkraft gibt der Landkreis eine Broschüre heraus, die zu 12 verschiedenen Wasserkraftwerken führt. „Das reicht vom kleinen Wasserrad bis zum großen Innkraftwerk“, so Lang. In der Broschüre sind alle Anlagen mit Bil-

dern, Wegbeschreibung und Öffnungszeiten zu finden.

Bei der Solarbundesliga hat Altötting in der Landkreiswertung den Sprung auf Platz 5 geschafft. „Es gibt fast keinen Bauernhof, auf dem keine Solarstromanlage zu sehen ist“, so Lang. Allerdings seien die Installationsfirmen vom Geschäftseinbruch bei der Photovoltaik betroffen: „Von denen, die nur PV gemacht haben, ist keine mehr da“, so Lang. [baf](#)

Landkreis Altötting: 1355 Ligapunkte

Wertach: Kläranlage mit Solarstrom

In Wertach soll eine Solarstromanlage das Klärwerk mit Strom versorgen.

Um das Projekt zu realisieren, hat sich die „Wertacher Bürger-Energie GbR“ gegründet. An einer Beteiligung interessierte Bürger der Allgäuer Kommune oder benachbarter Gemeinden konnten sich bis zum 26. Juni 2014 melden. 500 Euro beträgt die Mindesteinlage, 35000 Euro soll die Anlage kosten. 2,5 Prozent Rendite sind prognostiziert. Den Initiatoren geht es vor allem um den Umweltnutzen. Im Vergleich zu Braunkohlestrom spare die Anlage jährlich 33 Tonnen CO₂, so ihre Berechnung. Noch ist unklar, ob die Gemeinde nur Mitglied bei der GbR wird oder das Projekt selbst schultert, so Harald Gerbeth von der „Wertacher Bürger-Energie GbR“. [baf](#)

Wertach: 1241 Ligapunkte

Leutkirch: Nahwärme für ein geplantes Neubaugebiet



Foto: Stadt Leutkirch

Ein Neubaugebiet mit 100 Wohneinheiten soll im baden-württembergischen Leutkirch an das bestehende Nahwärmenetz angeschlossen werden.

Zusätzlich zum bestehenden Hackschnitzel-Heizkraftwerk soll die Abwärme einer Biogasanlage in das Netz einspeisen. Für die Grundstücke des Neubaugebietes, die sich in Privatbesitz befinden, ist Anschluss- und Benutzungszwang geplant. Ansonsten beantragt Michael Krumböck von der Stadtverwaltung gerade die Förderung eines Klimaschutzmanagers. Was ein großer bürokratischer Aufwand sei, da nur die Verbrauchsmaterialien, nicht aber der Arbeitsplatz pauschal gefördert würden. Also bestellt er z.B. 500 Briefmarken à 60 Cent. [baf](#)

Leutkirch: 2840 Ligapunkte.

Solarbundesliga-Saison 2014: Viel Bewegung in den Tabellen

Foto: Barbara Frey



Jeweils die ersten fünf Kommunen in 13 verschiedenen Kategorien rief Solarthemen-Herausgeber Andreas Witt (rechts) bei der Meisterfeier in Crailsheim am 27. Juni auf die Bühne. Mit 33 von 65 Gemeinden waren die Bayern dieses Mal Spitzenreiter unter den Kommunen, gefolgt von 19 baden-württembergischen Städten und Gemeinden. Fast die weiteste Anreise hatten die beiden Vertreter der Stadt Chemnitz. Auf dem Foto sind die Sieger in den einzelnen Größenklassen zu sehen. [baf](#)

Weitere Bilder: www.solarbundesliga.de

Was ist die Solarbundesliga:

In der Solarbundesliga wetteifern deutsche Kommunen darum, wer am meisten Solarstrom- und Solarwärmeanlagen pro Einwohner installiert hat. Für Solarthermie und Photovoltaik gibt es einheitlich je 1 Watt/Einwohner 1 Punkt. Die beiden Daten werden addiert, für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Solarstrom und Solarwärme winken zusätzliche Bonuspunkte. Meister in der jeweiligen Kategorie wird, wer dort insgesamt auf

die höchste Punktzahl kommt. Die Solarthemen-Redaktion organisiert den Wettbewerb in Kooperation mit der Deutschen Umwelthilfe. Die Initiative zur Teilnahme geht von Organisationen in den Kommunen selbst aus. Derzeit nehmen 2403 Städte und Gemeinden aus ganz Deutschland an dem Wettbewerb teil. Melden kann seine Kommune jeder, der die Daten glaubhaft belegen kann. www.solarbundesliga.de

Platz	PLZ	Kommune	Pkt.	Einw.	Wärme	Strom	Bundesland	
1	89075	Ulm	809	117977	97	345	Baden-Württemberg	Großstädte ab 100 000 Einw.
2	85049	Ingolstadt	712	130344	94	289	Bayern	
3	67657	Kaiserslautern	612	106653	33	359	Rheinland-Pfalz	
1	88299	Leutkirch im Allgäu	2840	21887	220	1480	Baden-Württemberg	Mittelstädte ab 20 000 - 99 999 Einw.
2	48691	Vreden	2465	22590	155	1385	Nordrhein-Westfalen	
3	74564	Crailsheim	2298	33075	346	860	Baden-Württemberg	
1	74585	Rot am See	5586	5240	287	3340	Baden-Württemberg	Kleinstädte 5000 - 19 999 Einw.
2	74572	Blaufelden	5426	5193	255	3330	Baden-Württemberg	
3	74575	Schrozberg	4541	5699	222	2757	Baden-Württemberg	
1	84494	Niederbergkirchen	8268	1212	872	3771	Bayern	Gemeinden 1000 - 4999 Einw.
2	87657	Görisried	7425	1275	684	3603	Bayern	
3	84556	Kastl	7379	2619	720	3489	Bayern	
1	25779	Glüsing	18415	114	215	14651	Schleswig-Holstein	Kleingemeinden bis 999 Einw.
2	25924	Friedrich-Wilhelm-Lübke-Koog	17940	167	438	12771	Schleswig-Holstein	
3	87675	Rettenbach am Auerberg	9972	802	828	5054	Bayern	
1	74635	Goggenbach (Kupferzell)	17160	139	1073	9652	Baden-Württemberg	Ortsteile
2	86980	Erbenschwang (Ingenried)	14272	139	1068	7533	Bayern	
3	87675	Frankau (Rettenb. a. Auerberg)	13806	162	532	8920	Bayern	

Platz	Kreise	Pkt.	Platz	Kreise	Pkt.	
1	Ostallgäu	2825	3	Landshut	2141	Landkreise
2	Schwäbisch Hall	2713	4	Traunstein	1842	

Platz	PLZ	Kommune	Einw.	Fläche	qm/E	Bundesland	
1	89075	Ulm	117977	16373	0,14	Baden-Württemberg	Solarwärme in Großstädten
2	85049	Ingolstadt	130344	17421	0,13	Bayern	
3	09119	Chemnitz	242177	25066	0,10	Sachsen	
1	74564	Crailsheim	33075	16368	0,49	Baden-Württemberg	Solarwärme in Mittelstädten
2	76172	Neckarsulm	26080	10897	0,42	Baden-Württemberg	
3	87527	Sonthofen	21311	7126	0,33	Bayern	
1	83342	Tacherting	5655	4333	0,77	Bayern	Solarwärme in Kleinstädten
2	87459	Pfronten	7936	5804	0,73	Bayern	
3	84144	Geisenhausen	6180	4384	0,71	Bayern	
1	84494	Niederbergkirchen	1212	1509	1,25	Bayern	Solarwärme in Gemeinden
2	84550	Feichten a.d.Alz	1177	1326	1,13	Bayern	
3	84558	Kirchweidach	2248	2347	1,04	Bayern	
1	84175	Schalkham	873	1398	1,60	Bayern	Solarwärme in Kleingemeinden
2	54597	Neuendorf	100	145	1,45	Rheinland-Pfalz	
3	86980	Ingenried	974	1209	1,24	Bayern	
1	19399	Augzin (Techentin)	100	203	2,03	Mecklenburg-Vorpommern	Solarwärme in Ortsteilen
2	37589	Dögerode (Kalefeld)	150	240	1,60	Niedersachsen	
3	74635	Goggenbach (Kupferzell)	139	213	1,53	Baden-Württemberg	

Legende

Pkt. = Punkte entsprechend den Regeln der Solarbundesliga
Einw. = Einwohnerzahl einer Kommune
Wärme, Strom = in Watt je Einwohner (thermisch, elektrisch)

qm/E = installierte Fläche in Quadratmeter je Einwohner
 Die gesamten Tabellen mit allen Kommunen im Internet:
www.solarbundesliga.de

Goldsponsor



Silber-Sponsoren



Bronze-Sponsoren

REC Solar GmbH
 GRÖSCHEL_GEHEEB

Veranstalter: **Solarthemen**

In Kooperation mit: Deutsche Umwelthilfe

Europas Energiewende-Champions ausgezeichnet



Foto: Innegies



Am 25. Juni wurden in Brüssel die Sieger der RES Champions League 2014 gekürt. Erstmals erhielten Gemeinden Preise, die unter besonders schwierigen politischen Voraussetzungen große Erfolge erzielt haben: Krško (Slowenien); Primiero e Vanoi (Italien); Alba Iulia (Rumänien) und Pécs (Ungarn).

Aus drei von vier Kategorien gingen österreichische Gemeinden als Sieger hervor (Kötschach-Mauthen; St. Johann im Pongau; Villach). Der deutsche Rhein-Hunsrück-Kreis sowie die Gemeinden Alheim und Furth landeten jeweils auf den 2. Plätzen. Der Landkreis Osnabrück hat in der Kategorie für Großstädte und Landkreise sogar den 1. Platz erreicht.

<http://www.res-league.de>

Lokaler Klimaschutz einen Rahmen



Klima-Bündnis

Auf der Klima-Bündnis-Jahrestagung in Luxemburg verabschiedeten die Mitgliedskommunen einstimmig die Resolution „Gemeinsam in Europa für eine nachhaltige Energiezukunft“.

Damit fordern sie ehrgeizige und verbindliche europäische Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz sowie zur Reduzierung von Treibhausgasen für den Zeitraum bis 2030.

Gleichzeitig konkretisieren sie die Klima-Bündnis-Selbstverpflichtung zu diesen Zielen. Eine dezentralisierte Energieproduktion verlangt auch eine Dezentralisierung von Mitbestimmung und Verantwortung. Die Resolution fordert die Anerkennung und Stärkung der lokalen Ebene als Akteur und Moderator in der vielfältigen Energielandschaft Europas. Claude Turmes (MdEP) begrüßte die Resolution und das Klima-Bündnis als einen wichtigen Partner für die Schaffung einer sozialen Massenbewegung für nachhaltige Energie.

www.klimabuendnis.org

Kongress-Programm ab sofort online



Der Kongress „100% Erneuerbare-Energie-Regionen“ mit dem Schwerpunkt „Erfolgreiche Rahmenseetzungen für die dezentrale Energiewende in Kommunen und Regionen“ bringt in diesem Jahr regionale Umsetzer und Antreiber der Energiewende zusammen.

Gemeinsam wird ein Bild über die notwendigen politischen Rahmenbedingungen zur erfolgreichen Weiterführung einer regionalen Energiewende entworfen – ganz unter dem Motto „Mut zur Veränderung“.

Das Programm steht ab sofort online. Bis Ende August gewähren die Veranstalter einen Frühbucher-Rabatt.

www.100-ee-kongress.de



Foto: deENetz

TERMINE 2014

10. Juli in Berlin: Fachtagung „Wind im Wald“, www.fachagentur-windenergie.de

26. August in Düsseldorf: „Energierrecht für die Stadtwerke-Praxis“, www.conenergy-akademie.com

10. September 2014: Sicherer Radverkehr in Klein- und Mittelstädten, www.fahrradakademie.de

11. September 2014 in Oberhausen: Richtig mit der EnEV arbeiten, www.hwk-duesseldorf.de

18. September in München: Klimaschutz in der Stadtplanung, www.difu.de

18. September in Berlin: EU-Projekte in und für Kommunen, www.kbw.de

24. und 25. September in Stuttgart: Crashkurs: Das neue EEG 2014, www.vdi.de

25. und 26. September in Berlin: 7. Kommunal-konferenz des SK:KK, www.klimaschutz.de/kommunen

Recht. Engagiert. MASLATON.



Es schadet nichts, wenn Starke sich verstärken.
Goethe (Faust)
Helga Jakobi

MASLATON
Rechtsanwaltskanzlei mbH
Energie · Wirtschaft · Recht
www.maslaton.de



UmweltBank

Telefon 0911 / 53 08 - 195
Laufertorgraben 6 · 90489 Nürnberg
www.umweltbank.de/solar
solarkredit@umweltbank.de

Leistungsprognosen für Windkraft- und Solaranlagen



enercast

Erneuerbare Energien sichtbar und planbar machen
www.enercast.de



Wir machen Energie besser.

UNSER LEISTUNGSSPEKTRUM:

- **Projektentwicklung & Realisierung:** Standortentwicklung, Turnkey-Errichtung, Projektfinanzierung
- **PV-Handel:** Photovoltaikkomponenten, Montagesysteme, Anlagenbau
- **Services:** Technische und Kaufmännische Betriebsführung, Rotoroptimierung und -wartung
- **Dienstleistungen:** Technische Beratung und Due Diligence, Planung, Biomethanhandel, Rohstoffmanagement

www.baywa-re.com

WIND – SOLAR – BIOENERGIE – GEOTHERMIE

IngenieurBüro Dr. Bergmann



In den Folgen 23a
98704 Langewiesen
☎ 03677 / 46 34 34
✉ info@ibb-ilmenau.de
🌐 www.ibb-ilmenau.de

- Ertragsgutachten
- Techn. Anlagenüberprüfungen und -abnahmen
- Thermographie und Kennlinienmessungen

SOLARDACHKATASTER



GEOPLEX

www.geoplex.de info@geoplex.de

Sie fehlen noch? Jetzt buchen!

Ihre Anzeige auf dem **MARKTPLATZ** der **Energiekommune** - zum kleinen Preis!

- **in drei Größen**
- **crossmediale Präsenz (print, e-paper, Internet)**
- **schon ab 45,- Euro**

Zeigen Sie Ihre Präsenz!

werbung@solarthemen.de
www.energiekommune.info/mediadaten



Kompetenz für Kommunen

Gemeinden · Städte · Landkreise

Das bieten wir Ihnen:

- Energiemanagement
- dezentrale Energieversorgung
- Ausschreibungen



www.actensys.de
Ellzee – Weilheim



ingenieurgesellschaft
potenzialanalysen für erneuerbare energien · geoinformation

tetraeder.solar gmbh
Wißstraße 18
44137 Dortmund
Telefon: 0231 1891717
E-Mail: info@tetraeder.com
Web: solar.tetraeder.com



Jobbörse für erneuerbare Energien

292 freie Stellen!
Im Online-Stellenmarkt (Stand 28.6.2014)

Stadtreinigung Wetzlar	Klimaschutzmanager (m/w)	Solms/Wetzlar
Green City Energy AG	Personalassistent Erneuerbare Energien (m/w)	München
Erzbischöfliches Generalvikariat	Mitarbeiter (m/w) für die Energieoffensive	Paderborn
Naturstrom AG	Fachplaner Netze und Umspannwerke (m/w)	Forchheim
Wissenschaftsladen Bonn	Kommunikationsexperte (m/w)	Bonn
Enercon GmbH	Projektentwickler (m/w)	Aurich
DFBEE	Teamassistentz (m/w)	Berlin
GIZ	Berater für Dezentralisierung im Energiesektor (m/w)	Moyo, Uganda
Stadtwerke Stuttgart GmbH	Key Account Manager (m/w)	Stuttgart
Innovation City Management GmbH	Energieberater (m/w)	Bottrop

www.eejobs.de

kontakt@eejobs.de



Wir bewegen – mit Wind und Mehr!

dezentral – erneuerbar – intelligent

Windenergie – Bioenergie – Geoenergie



STEAG New Energies GmbH
St. Johanner Straße 101–105
66115 Saarbrücken
Telefon +49 681 9494-9111
Telefax +49 681 9494-9368
info-newenergies@steag.com